

## Inhaltsverzeichnis

Dokumentenverzeichnis	VI
Tabellenverzeichnis	VII
Literaturverzeichnis	XI
Unveröffentlichte Quellen aus dem Archivgut der DDR	XXI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
<b>1. Kapitel – Einführung</b>	<b>1</b>
A. Einleitung	1
B. Das Rechtssystem der DDR als politisches Instrument	3
<b>2. Kapitel - Die Entwicklung der gesellschaftlichen Gerichte</b>	<b>7</b>
A. Die Entwicklung der Konfliktkommissionen von 1953 bis 1959	7
I. Das sowjetische Vorbild	7
II. Die versuchsweise Bildung der ersten Konfliktkommissionen in der DDR	8
III. Die Konfliktkommissionsverordnung von 1953	8
IV. Die praktische Tätigkeit der Konfliktkommissionen	12
V. Beabsichtigte Neuregelung der Konfliktkommissions-Richtlinie	13
B. Die Entwicklung der Konfliktkommissionen zwischen dem 4. Plenum und dem Rechtspflegeerlaß	16
I. Diskussionen und Dokumente zur Entwicklung seit dem 4. Plenum	16
II. Die spontane Bildung von Konfliktkommissionen	22
III. Einführung anderer Organe neben den Konfliktkommissionen	22
IV. Erfahrungen mit den ersten Fällen der Versuchskommissionen	25
V. Andere Formen von gesellschaftlicher Erziehung	26
VI. Massive Kritik an der praktischen Umsetzung der neuen Kommissionen	28
VII. Die Richtlinie für die Arbeit der neuen Konfliktkommissionen	30
1. Inhalt der Richtlinie	30
2. Beratungsablauf	31
3. Das Wesen der neuen Konfliktkommissionen	32
VIII. Vorbereitung der Wahl der neuen Konfliktkommissionen nach dem April 1960	33
IX. Das Tätigwerden in zivil- und familienrechtlichen Streitigkeiten	35
X. Das Gesetzbuch der Arbeit und Konfliktkommissionsrichtlinie vom 01.06.1961	36
C. Die Entwicklung der Konflikt- und Schiedskommissionen zwischen Rechtspflegeerlaß und 1968	37
I. Der Rechtspflegeerlaß	37
II. Die Neufassung der Konfliktkommissionsrichtlinie von 1963	38
III. Die Entwicklung der Schiedskommissionen	40
1. Umfang und Art der Tätigkeit der ersten Schiedskommissionen	42
2. Erlaß der gesetzlichen Vorschriften zur Bildung von Schiedskommissionen	43
3. Inhalt der Schiedskommissions-Richtlinie von 1964	43

D. Gesellschaftliche Gerichte zwischen 1968 und 1982	45
I. Die Entwicklung des Gesetzes über die gesellschaftlichen Gerichte von 1968	46
II. Inhalt des Gesetz über die gesellschaftlichen Gerichte	48
III. Die Konflikt- und Schiedskommissionsordnung von 1968	49
1. Die Konfliktkommissionsordnung	50
2. Die Schiedskommissionsordnung	50
IV. Exkurs: Konfliktkommissionen nicht nur in Industriebetrieben	51
V. Die 1. Durchführungsbestimmung zur ZPO	52
E. Neufassung des Gesetzes über die gesellschaftlichen Gerichte und der Richtlinien 1982	52
I. Ausgewählte Problemkreise bei der Neufassung	55
II. Neue gesetzliche Regelungen	56
III. Abgelehnte Vorschläge	58
IV. Öffentlichkeit der Beratungen	60
V. Interne Spannungen im Hause des Ministeriums der Justiz	61
VI. Der weitere Gesetzgebungsprozeß	63
VII. Informationen zur Auslegung der Rechtsvorschriften	63
F. Beabsichtigte Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Gerichte nach 1989	64
G. Die Abwicklung der gesellschaftlichen Gerichte	66
<b>3. Kapitel - Verfassung der gesellschaftlichen Gerichte</b>	67
A. Bildung und Wahl der gesellschaftlichen Gerichte	67
B. Zuständigkeit der gesellschaftlichen Gerichte	68
I. Sachliche Zuständigkeit	68
II. Örtliche Zuständigkeit	68
C. Die Arbeitsweise der gesellschaftlichen Gerichte	69
I. Vorbereitung der Beratung	69
II. Beratungsablauf	70
III. Abschluß der Beratung	70
IV. Erziehungsmaßnahmen	71
V. Rechtsmittel	72
D. Die Tätigkeitsgebiete der gesellschaftlichen Gerichte	72
I. Beratung wegen Arbeitsstreitfällen	72
II. Exkurs: Materielle Verantwortlichkeit	73
III. Beratung wegen Vergehen	74
IV. Beratung wegen Verfehlungen	74
V. Beratung wegen Ordnungswidrigkeiten	75
VI. Beratung wegen Schulpflichtverletzungen	76

VII. Beratung wegen einfachen zivilrechtlichen Streitigkeiten	76
E. Weitere Bestimmungen	77
I. Durchsetzung der Entscheidung	77
II. Die Dauer der Entscheidungswirkung	77
III. Schiedskommissionsbeirat	77
IV. Auslagenerstattung	78
<b>4. Kapitel - Anspruch und Wirklichkeit der gesellschaftlichen Gerichte</b>	<b>79</b>
A. Anspruch an die gesellschaftlichen Gerichte	79
I. Erzieherische Einwirkung	79
II. Verbesserung des Rechtsverständnisses	80
III. Bekämpfung der Kriminalität	80
IV. Aufdeckungen der Ursachen	81
V. Entlastung der Justiz	81
B. Die Wirksamkeit der gesellschaftlichen Gerichte	82
I. Konzeptionen für Wirksamkeitsuntersuchungen	82
II. Die Wirksamkeit der Konfliktkommissionen von 1953 – 1963	83
1. Die Wirksamkeit der ersten Konfliktkommissionen	83
2. Die Wirksamkeit der Konfliktkommissionen nach der Erweiterung der Aufgaben	84
3. Exkurs: Die Tätigkeit der Arbeitsgerichte	89
III. Die Wirksamkeit der Konflikt- und Schiedskommissionen von 1963 - 1968	91
1. Erzieherische Einwirkung auf die Rechtsverletzer	91
a) Hohe Fluktuation in Folge von Beratungen der Konfliktkommissionen	92
b) Zwischenergebnis	92
2. Auswirkungen in den Betrieben	92
3. Wirksamkeit von Empfehlungen	94
4. Disziplinverletzungen	95
5. Behandlung arbeitsrechtlicher Streitigkeiten	95
6. Zusammenarbeit der Konfliktkommissionen mit den Betriebsleitungen und der BGL	98
7. Wirksamkeit der Schiedskommissionen	99
a) Umfang der Tätigkeit	100
b) Wirksamkeit im strafrechtlichen Bereich	101
c) Wirksamkeit im zivilrechtlichen Bereich	105
d) Beratungen wegen arbeitsscheuen Verhaltens	107
e) Die Arbeitsfähigkeit der Schiedskommissionen	108
8. Exkurs: Gesetzlichkeitsaufsicht der Staatsanwaltschaft	109
a) Fehlerhafte Beschlüsse	109
b) Ungesetzlichkeiten bei der Anwendung von Erziehungsmaßnahmen	111
IV. Wirksamkeit der gesellschaftlichen Gerichte zwischen 1968 und 1982	113
1. Die Akzeptanz der gesellschaftlichen Gerichte	113
2. Rechtspropaganda und Rechtserläuterung	115
3. Die Rechtsprechung der gesellschaftlichen Gerichte	116
a) Vergehen	116

b) Verfehlungen	118
c) Ordnungswidrigkeiten	119
d) Schulpflichtverletzungen	119
e) Beratungen wegen arbeitsscheuem Verhalten	120
f) Arbeitsrechtsstreitigkeiten	120
g) Probleme bei Beratungen von materieller Verantwortlichkeit	121
aa) Erfassung der Schäden	121
bb) Aufdeckung und Beseitigung der Schadensursachen	121
cc) Die Durchsetzung der materieller Verantwortlichkeit	122
h) Beratungen wegen Einsprüchen gegen Disziplinarmaßnahmen	123
i) Zivilrechtliche Streitigkeiten	124
4. Die Rahmenbedingung der Tätigkeit der gesellschaftlichen Gerichte	125
a) Die Öffentlichkeit der Beratungen	125
b) Schulungen	126
c) Arbeitsfähigkeit der gesellschaftlichen Gerichte	128
d) Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit	130
e) Zusammenarbeit mit anderen Organen	131
f) Tätigkeit der Schiedskommissionsbeiräte	133
V. Wirksamkeit der gesellschaftlichen Gerichte nach der Gesetzesneufassung 1982	134
1. Arbeitsrechtsstreitigkeiten	136
2. Vergehen	137
3. Verfehlungen	138
4. Ordnungswidrigkeiten	139
5. Zivilrechtliche Streitigkeiten	141
6. Schulungen der Mitglieder der gesellschaftlichen Gerichte	142
7. Arbeitsfähigkeit der Schiedskommissionen	143
8. Die Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Gerichte mit anderen Organen	145
9. Die Tätigkeit der Schiedskommissionsbeiräte	145
C. Steuernde Eingriffe in die Tätigkeit der gesellschaftliche Gerichte	146
I. Prinzip der Unabhängigkeit der Mitglieder der gesellschaftliche Gerichte	146
II. Steuerung in der Justiz	147
1. Steuerung durch Auswahl der Mitglieder der gesellschaftlichen Gerichte	148
2. Steuerung durch Anleitung und Schulung	151
3. Inszenierung von Verfahren	153
III. Konkrete Eingriffe	154
1. Eingriffe im Zusammenhang mit Ausreiseanträgen	154
a) Interne Richtlinie für die einheitliche Behandlung arbeitsrechtlicher Probleme im Zusammenhang mit der Ausreiseproblematik	156
b) Mitwirkung der Obersten Partei- und Staatsführung	158
c) Eingriffe nach Erlaß der 1. Durchführungsbestimmung zur ZPO	160
d) Orientierung zur Behandlung arbeitsrechtlicher Probleme bei Anträgen auf Ausreise	163
2. Steuernde Eingriffe bei religiös bedingten Streitigkeiten	165
3. Schulpflichtverletzungen	166
4. Politisch bedeutende Arbeitsrechtsverfahren	168
IV. Resümee	171

D. Die Geschäftsentwicklung der Gesellschaftlichen Gerichte	171
I. Validität des Zahlenmaterials	171
II. Entwicklung der Kommissionen und der Mitgliedszahlen	173
III. Soziale Zusammensetzung der gesellschaftlichen Gerichte	175
1. Die soziale Zusammensetzung der Konfliktkommissionen	175
2. Die soziale Zusammensetzung der Schiedskommissionen	177
IV. Entwicklung und Verteilung des Geschäftsanfalls der gesellschaftlichen Gerichte	179
1. Vorbemerkung	179
2. Geschäftsanfall der Konfliktkommissionen	180
a) Beratungen wegen Arbeitsrechtsstreitigkeiten	182
aa) Beratungspraxis	184
bb) Einspruchsverhalten	185
cc) Empfehlungspraxis	188
b) Beratungen wegen Vergehen	188
aa) Beratungspraxis	188
bb) Sanktionspraxis	188
cc) Einspruchsverhalten	189
dd) Empfehlungspraxis	189
c) Beratungen wegen Verfehlungen	189
d) Beratungen wegen kleinerer zivilrechtlichen Streitigkeiten	191
aa) Beratungspraxis	191
bb) Einspruchsverhalten	191
e) Beratungen wegen Verletzung der Schulpflicht	192
f) Beratungen wegen Ordnungswidrigkeiten	192
g) Beratungen wegen Erziehungsverfahren gem. § 255 Abs. 3 AGB	193
h) Exkurs: Beratungen wegen Moralverstößen	194
3. Geschäftsanfall der Schiedskommissionen	195
V. Schlussfolgerungen	196
E Auswertung der Gespräche mit Mitgliedern gesellschaftlicher Gerichte	197
I. Rekrutierung der Mitglieder	198
II. Die Praktische Tätigkeit	198
III. Ablauf der Beratung	202
IV. Schulungen	202
V. Persönliche Erfahrungen	203
VI. Chancen für eine weitere Entwicklung	204
<b>5. Kapitel – Schlussbemerkungen</b>	<b>205</b>

<b>6. Kapitel – Anhang</b>	209
<b>A Dokumentenanhang</b>	209
<b>I. Vorbemerkung</b>	209
<b>II. Dokumente</b>	210
Dokument 1: Anlage zur Wochenmeldung vom 12. bis 16.1.1976 Arbeitsrechtsverfahren L. gegen BKK Glückauf Knappenrode	210
Dokument 2: Wochenmeldung 9/76 vom 23.2. bis 27.2.1976, S. 14 - 16 Ausgewählte Verfahren gegen Staatsbürger der DDR:	212
Dokument 3: Schreiben des Direktors des Kreisgerichts Torgau an den Direktor des Bezirksgerichts Leipzig	214
Dokument 4: Interne Weisung zum Vorgehen bei Verletzung der Schulpflicht vom Minister für Volksbildung vom 15.11.1976	215
Dokument 5: Schreiben der ZK-Abteilung für Staats- und Rechtsfragen an den Minister für Volksbildung vom 17.11.1976	217
Dokument 6: Schreiben des Direktors des Bezirksgerichts Dresden an den Minister für Justiz vom 22.01.1980	219
Dokument 7: Aktenvermerk eines wissenschaftlichen Mitarbeiters des Ministeriums der Justiz vom 01.02.1980	221
Dokument 8: Schreiben des Direktors des Bezirksgerichts Dresden an den Minister für Justiz vom 18.02.1980	223
Dokument 9: Protokoll einer Beratung einer Konfliktkommission vom 30.01.1980	225
Dokument 10: Zur einheitlichen Behandlung arbeitsrechtlicher Probleme, die sich ergeben können, wenn Bürger die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR beantragen vom Senat für Arbeitsrecht vom 27.02.1976	226
Dokument 11: Abschrift eines handschriftlichen Vermerks zur Behandlung von arbeitsrechtlichen Problemen im Zusammenhang mit Anträgen von Bürgern auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR	233
Dokument 12: Entwurf der Orientierungen zur Behandlung arbeitsrechtlicher Probleme im Zusammenhang mit Anträgen auf ständige Ausreise vom Ministerium der Justiz	234
Dokument 13: 3. Entwurf der Orientierung des Obersten Gerichts, des Generalstaatsanwalts der DDR, des Bundesvorstandes des FDGB und des Staatssekretariat für Arbeit und Löhne zur einheitlichen Behandlung arbeitsrechtlicher Probleme, die sich bei Anträgen von	238

Bürgern auf ständige Ausreise ergeben.

Dokument 14:	Konzeption für die Durchführung von Untersuchungen zur Tätigkeit der gesellschaftlichen Gerichte sowie zu ihrer Anleitung und Unterstützung im Bezirk Gera vom 22.07.1985	245
<b>B. Tabellenanhang</b>		251
<b>I. Vorbemerkung</b>		251
<b>II. Gesamte Geschäftsentwicklung</b>		252
Tabelle 1:	Geschäftsanfall der Konfliktkommissionen	252
<b>III. Geschäftsentwicklung bei Arbeitsrechtsstreitigkeiten</b>		253
Tabelle 2:	Geschäftsanfall der Konfliktkommissionen bei Arbeitsrechtsstreitigkeiten	253
Tabelle 3:	Beratungspraxis der Konfliktkommissionen bei Arbeitsrechtsstreitigkeiten	253
Tabelle 3.1.:	Beratungspraxis der Konfliktkommissionen bei Beendigung des Arbeitsrechtsverhältnisses	254
Tabelle 3.2.:	Beratungspraxis der Konfliktkommissionen bei Lohn-, Gehalts-, Ausgleichs- und Entschädigungsforderungen	254
Tabelle 3.3.:	Beratungspraxis der Konfliktkommissionen bei Einsprüchen der Werk tätigen gegen Disziplinarmaßnahmen des Betriebes	255
Tabelle 3.4.:	Beratungspraxis der Konfliktkommissionen bei materieller Verantwortlichkeit der Werk tätigen	255
Tabelle 4:	Einspruchspraxis gegen Beschlüsse der Konfliktkommissionen bei Arbeitsrechtsstreitigkeiten	256
Tabelle 4.1:	Einspruchspraxis gegen Beschlüsse der Konfliktkommissionen bei Beendigung des Arbeitsrechtsverhältnisses	256
Tabelle 4.2:	Einspruchspraxis gegen Beschlüsse der Konfliktkommissionen bei Lohn-, Gehalts-, Ausgleichs- und Entschädigungsforderungen	257
Tabelle 4.3:	Einspruchspraxis gegen Beschlüsse der Konfliktkommissionen bei Einsprüchen der Werk tätigen gegen Disziplinarmaßnahmen des Betriebes	257
Tabelle 4.4.:	Einspruchspraxis gegen Beschlüsse der Konfliktkommissionen bei materieller Verantwortlichkeit der Werk tätigen	257

<b>IV. Geschäftsentwicklung bei Vergehen</b>	258
Tabelle 5: Geschäftsanfall der Konfliktkommissionen bei Vergehen	258
Tabelle 6: Beratungspraxis der Konfliktkommissionen bei Vergehen	258
Tabelle 7: Sanktionspraxis der Konfliktkommissionen bei Vergehen	259
Tabelle 7.1.: Sanktionspraxis der Konfliktkommissionen bei Eigentumsvergehen	260
Tabelle 7.2.: Sanktionspraxis der Konfliktkommissionen bei Körperverletzungsdelikten	261
Tabelle 7.3.: Sanktionspraxis der Konfliktkommissionen bei Vergehen gegen die Verkehrssicherheit	262
Tabelle 8: Einspruchspraxis gegen Beschlüsse der Konfliktkommissionen bei Vergehen	262
Tabelle 8.1.: Einspruchspraxis gegen Beschlüsse der Konfliktkommissionen bei Eigentumsvergehen	263
Tabelle 8.2.: Einspruchspraxis gegen Beschlüsse der Konfliktkommissionen bei Körperverletzungsdelikten	263
Tabelle 8.3.: Einspruchspraxis gegen Beschlüsse der Konfliktkommissionen bei Vergehen gegen die Verkehrssicherheit	263
<b>V. Geschäftsentwicklung bei Verfehlungen</b>	264
Tabelle 9: Geschäftsanfall der Konfliktkommissionen bei Verfehlungen	264
Tabelle 10: Beratungspraxis der Konfliktkommissionen bei Verfehlungen	264
Tabelle 11.1.: Sanktionspraxis der Konfliktkommissionen bei Eigentumsverfehlungen	265
Tabelle 11.2.: Sanktionspraxis der Konfliktkommissionen bei Ehrschutzdelikten (Beleidigungen, Verleumdungen, Hausfriedensbruch)	266
Tabelle 12.1.: Einspruchspraxis gegen Beschlüsse der Konfliktkommissionen bei Eigentumsverfehlungen	267
Tabelle 12.2.: Einspruchspraxis gegen Beschlüsse der Konfliktkommissionen bei Ehrschutzdelikten	267



<b>VI. Geschäftsentwicklung bei zivilrechtlichen Streitigkeiten</b>	268
Tabelle 13: Geschäftsanfall der Konfliktkommissionen bei zivilrechtlichen Streitigkeiten	268
Tabelle 14: Beratungspraxis der Konfliktkommissionen bei zivilrechtlichen Streitigkeiten	268
Tabelle 15: Einspruchspraxis gegen Beschlüsse der Konfliktkommissionen bei zivilrechtlichen Streitigkeiten	269
<b>VII: Geschäftsentwicklung bei Ordnungswidrigkeiten</b>	269
Tabelle 16: Beratungspraxis der Konfliktkommissionen bei Ordnungswidrigkeiten	269
Tabelle 17: Sanktionspraxis der Konfliktkommissionen bei Ordnungswidrigkeiten	270
Tabelle 18: Einspruchspraxis gegen Beschlüsse der Konfliktkommissionen bei Schulpflichtverletzungen	270
<b>VIII. Geschäftsentwicklung bei den Schulpflichtverletzungen</b>	271
Tabelle 19: Beratungspraxis der Konfliktkommissionen bei Schulpflichtverletzungen	271
Tabelle 20: Sanktionspraxis der Konfliktkommissionen bei Schulpflichtverletzungen	271
Tabelle 21: Einspruchspraxis gegen Beschlüsse der Konfliktkommissionen bei Schulpflichtverletzungen	272
<b>IX. Geschäftsentwicklung bei den Erziehungsverfahren</b>	272
Tabelle 22: Beratungspraxis der Konfliktkommissionen bei Erziehungsverfahren	272
Tabelle 23: Sanktionspraxis der Konfliktkommissionen bei Erziehungsverfahren	273
Tabelle 24: Einspruchspraxis gegen Beschlüsse der Konfliktkommissionen bei Erziehungsverfahren	273